

Michael Lühmann

Das eine tun und das andere nicht lassen

Driften die GRÜNEN ins bürgerliche Lager?

24 % im Jahr 2010, gar 28 % im Jahr 2011. Dem (Alb-)Traum der grünen Volkspartei zum Greifen nahe war das Kritischste, was man über die GRÜNEN sagen konnte: dass sie nicht mehr streiten würden. Der Höhenflug hatte die Partei nach einem programmatischen Reinigungsprozess in den Jahren nach Joschka Fischer, an dessen Anfang Wachstumskritik und an dessen Ende der *Green New Deal* stand, im Angesicht multipler Krisen nicht nur in immer neue demoskopische Höhen getrieben, sondern scheinbar endgültig mit sich selbst versöhnt. Die skeptischsten Töne, die überhaupt zu vernehmen waren, tadelten verwundert die den Bündnisgrünen offensichtlich abhandengekommene Freude am Streit.

Zwar gab es durchaus Differenzen zwischen Reformern hier und Parteilinken dort, etwa über die Höhe von Beitragsbemessungsgrenzen, über die Reichweite von Vermögensabgaben, auch und gerade über die Herkunft der neuen Wählerinnen und Wähler. Aber in der Partei war eher nur ein Grummeln zu vernehmen.

Aber der harte Konflikt sollte dann doch mit aller Wucht ausbrechen. Die grüne Bundesdelegiertenkonferenz im Vorfeld der Bundestagswahlen 2013 wurde zu einem Showdown zwischen linken Wahlkämpfern wie Jürgen Trittin und bürgerlich-affinen Warnern wie Winfried Kretschmann und Boris Palmer. Auch wenn der Parteitag geschlossen abstimmte, die Gräben waren längst ausgehoben, die seit der Bundestagswahl 2013 noch tiefer geworden sind. Aus der Frage des Jahres 2011, woher die neuen Wähler/innen kommen, ob aus dem linken oder aus dem bürgerlichen Lager, und was das für künftige Koalitionen bedeuten könnte, hat sich nach 2013 die Frage entwickelt, wer eigentlich die Bun-

destagswahl für die GRÜNEN verloren hat, das linke oder das Realo-Lager, wiederum verbunden mit der Frage, was das für künftige Koalitionen bedeuten könnte.

Der Verzicht auf eine rot-rot-grüne Machtoption bei gleichzeitiger Sondierung mit der Union, die personalpolitischen Fingerzeige nach der Bundestagswahl, wonach die Parteilinken als Wahlverlierer an der Parteispitze gehen mussten, die Realos aber größtenteils bleiben konnten, verfestigten, auch in Anbetracht einer schwarz-grünen Regierungsbeteiligung in Hessen ausgerechnet unter Volker Bouffier, der Wiederbelebung der »Pizza-Connection« oder der umstrittenen Versuche programmatischer Zurücknahmen in der Sozial- und Steuerpolitik, in den vergangenen anderthalb Jahren jedenfalls den Eindruck, die Bündnisgrünen würden jetzt (wieder) stramm ins bürgerliche Lager wandern. Dabei ist ein solches Denken realpolitisch – um den semantischen Ursprung des Begriffs »Realo« noch einmal zu nennen – nur vernünftig; schließlich gibt es auf Bundesebene, neben Differenzen zur Linken auf der Ebene der nur schwer verhandelbaren außenpolitischen Staatsräson, auch keine demoskopische Grundlage für eine grüne Koalitionsoption jenseits der Union. Und das von der Demoskopie immer wieder herangetragene, gleichwohl nicht sonderlich verifizierte, zweckrationale Erklärungsmuster mangelnder Machtoptionen als Grund für Demobilisierung bei Wahlen mobilisiert nun einmal Realpolitik.

Und so verwandelten die hessischen und die thüringischen GRÜNEN gänzlich unterschiedliche Machtoptionen in konkrete Regierungsbeteiligungen. Schwarz-Grün in Hessen, Rot-Rot-Grün in Thüringen, die mal mehr, mal weniger populäre

Formel der grünen Eigenständigkeit lässt sich auf Länderebene eindrucksvoll belegen. Weitere Regierungsbeteiligungen bis hin zur grünen Ministerpräsidentenschaft in Baden-Württemberg lassen vor allem eine Schlussfolgerung zu: dass man ganz ohne Scheuklappen mehrheits- und regierungsfähig sein kann. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass Hessen ohne Schwarz-Grün in Hamburg, dass Rot-Rot-Grün in Thüringen nicht ohne die enge Oppositionszusammenarbeit denkbar gewesen wäre. Ein Hinweis darauf, was getan werden müsste und inzwischen auch wieder getan wird, um grüne Eigenständigkeit auf der Ebene der Koalitionsplanspiele nicht nur als Phrase zu nutzen. Und nicht zuletzt sollte der Verweis auf die die Staatsräson betreffenden Häutungen der GRÜNEN hier seinen Platz finden, um eines der Hauptargumente der Gegner von R2G zumindest einmal abzuschwächen, und um dem Kern der Frage – Drift ins bürgerliche Lager oder Rot-Rot-Grün? – näher zu kommen.

Wo(für) stehen die GRÜNEN?

Die Frage nach dem Wo und Wofür ist von zentraler Bedeutung. Denn ausgerechnet auf jenem Feld des programmatisch Grundsätzlichen hatte und hat die grüne Programmpartei ihre entscheidenden Schwächen, die auf dem Feld des Strategischen zur Niederlage 2013 beigetragen haben. Obwohl die Umweltpolitik in sämtlichen Nachwahlbefragungen als Kernkompetenz Nummer eins der Partei aufgeführt wird, ging sie mit einem potenziellen Finanzminister Jürgen Trittin in den Wahlkampf. Statt eines EEG 2.0-Konzeptes lieferte sie ein zweifellos sehr gut durchgerechnetes Steuerkonzept. Dass eine solche Gewichtung den GRÜNEN mehr schadet als nützt, hätte man in der wahlkampfstrategischen Abteilung wissen müssen. Hatte man schon 2005 aufgrund der Dominanz der sozialen Frage keinen Blumentopf gewinnen können, so sind die GRÜNEN auch 2009 zwischen den linken Umverteilungspologeten und den libera-

len Umverteilungsfeinden zerrieben worden. Und 2013 erledigte Negative-Campaigning à la Veggie-Day und Schatten der Vergangenheit dann im Vorbeigehen den Rest.

Doch daraus nun eine programmatische Verschiebung hin zum bürgerlichen Lager zu begründen, wie es teilweise in der grünen Freiheitsdebatte 2013/14 getan wurde, kann auch nicht die Antwort sein. Warum eine grüne Partei mit einem eigenen Wertekosmos ausgerechnet die letzten versprengten Liberalen einsammeln sollte, erschließt sich – auch mit Blick auf »Erfolge« bei vergangenen Wahlen – nicht. Und zur Befriedung und Wiedervereinigung der Partei hat der oberflächliche Liberalismus-Streit nun auch nicht beigetragen. Dabei weist ein den GRÜNEN ursprünglich Halt gebender Blick zurück nach vorn einen möglichen Ausweg: In der Post-Afghanistan- und Post-Hartz IV-Depression erfand sich die Partei mit der Wiederverständigung auf die eigene, grüne Kern-DNA neu, die Lager wurden einigermmaßen befriedet und die Basis für den grünen Wiederaufschwung gelegt, der in den Jahren des Höhenflugs an dem andockte, was man als programmatischen, identifikatorischen Kern, als den Urkonsens (Lothar Probst) von grüner Bewegung und grüner Partei ausmachen kann: die Kritik an Fortschritt und Wachstum als Resultat einer sich neu konstituierenden ökologisch argumentierenden Strömung. Anders als Liberalismus, Sozialismus oder Konservatismus hat sich aber der Begriff des Ökologismus, im Gegensatz zum englischsprachigen Raum, in der Bundesrepublik, nicht einmal bei den Grünen selbst durchgesetzt.

Dabei würde ein Blick in die eigene Ideengeschichte nicht nur Anhaltspunkte für die eigene programmatische Standortbestimmung mit den nötigen Anpassungen liefern, sondern die Partei auch daran erinnern, dass ökologisches Denken der einst verband, was heute als entweder-oder inszeniert wird. Im Angesicht sich häufender ökologischer Katastrophen und Prob-

lemlagen war es Hans-Dietrich Genscher (FDP), der die Umweltpolitik institutionalisierte. Und mit Herbert Gruhl schrieb ein CDU-Politiker, unter dem Eindruck der Diagnose begrenzten Wachstums, den ersten deutschen Öko-Bestseller. Währenddessen protestierte in Whyl ein Bündnis aus Bauern, Winzern und Studenten gegen die Kernkraft, die konservative Kulturkritik verfasste ökologische Manifeste. Und in der Krise der Linken Ende der 70er Jahre wurde die Ökologie letztlich zum ideologischen Rettungsboot; als letztverbleibende Idee, die mit dem Umwelthistoriker Joachim Radkau neben der Achtung der Natur sich zugleich die Kritik an der Hegemonie des privaten Gewinn- und Konsumstrebens auf die Fahnen schrieb.

Heute kommen solche Gedanken nur noch ausnahmsweise aus der grünen Partei. Nach Jahren der *Green New Deal*-Wachstumseuphorie ist erst mit dem – wohlge-merkt flügelübergreifenden – Papier »Aufbruch in die Grüne Ökonomie« wieder so etwas wie grüne Wachstums- und Fortschrittsskritik zu vernehmen. Dabei, dies zeigt ein Blick in die Geschichte, in die Lebensreformbewegung um 1900 wie in die Bewegungen der 70er Jahre, war Fortschritts- und Wachstumskritik häufig ein bürgerliches Anliegen, mit Ausstrahlungen bis weit ins sozialistische, später sozialdemokratische Milieu hinein; besonders anschlussfähig in Zeiten ökonomischer Krisen. Und heute sind es die urbanen Gärtner, die Anhänger/innen von *De-Growth* und *De-Invest*, die neuen »Commonisten«, die einiges an Bewegung verursachen, aber weitgehend abseits der Partei stehen und dabei ein Musterbeispiel einer Bewegung bieten, die bürgerliche, linke und ökologische Versatzstücke neu zusammensetzt.

Zurück auf die Ebene des Politischen

und damit zur Ausgangsfrage nach Rot-Rot-Grün oder Schwarz-Grün: Es ist, und dies sollte der Blick in die Bundesländer, in die Lagerauseinandersetzung und in die grüne Ideengeschichte zeigen, Zeit für einen Perspektivwechsel – beider politischer Lager in der grünen Partei. Zum einen braucht es programmatische Anknüpfungspunkte ins bürgerliche Lager, weswegen es wenig hilfreich ist, hier Politikangebote als sakrosankt zu markieren. Und zum anderen braucht es die Bereitschaft, künftig auch linke Mehrheiten nutzbar zu machen, statt diese auszuschließen. Das heißt aber auch, dass die GRÜNEN ihre Rolle als nach allen Seiten offene Scharnierpartei mit ökologischem Fundament annehmen müssen.

Nun ist es ein Leichtes, das bisher Gesagte als akademischen Einwurf ohne Blick für politische Realitäten zu verwerfen. Aber auch ein rein strategisch-taktisches Kalkül kommt womöglich zu ähnlichen Schlüssen: Bei R2G bekommt man Umweltpolitik im Gegenzug für Sozialpolitik und damit die ganze Partei unter ein gemeinsames Dach. Bei Schwarz-Grün ist Umweltpolitik nur gegen weitere Steuerungerechtigkeit zu haben. Bei Rot-Rot-Grün bekommt man gesellschaftspolitische Reformen ohne Gegenwehr, Schwarz-Grün, aufgrund der Phantomschmerzen bei der Union bezüglich möglicher bereits gemachter Positionverschiebungen, nur gegen einen sehr hohen Preis. Kurzum, R2G ist Realpolitik pur. All das schließt im Falle fehlender linker Mehrheiten oder im Falle linker Verweigerungen in der Außenpolitik, eine Offenheit ins bürgerliche Lager dennoch nicht aus.

Die Partei wird man mit reiner Taktik nicht einen. Mit einer am Urkonsens anknüpfenden, lagerübergreifenden, originären wie in Krisenzeiten populären Selbst- und Gegenerzählung vielleicht schon.



Michael Lühmann

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und forscht zu Parteien und politischer Kultur der Bundesrepublik sowie den »Grünen nach Fischer«.

michael.luehmann@demokratie-goettingen.de